

vor. Es wird gebeten, die Billigung der Provisorischen Volkskammer zu dieser Rechnungslegung zu erteilen.

Zur Begründung hat der Herr Minister der Finanzen, Dr. Loch, das Wort.

Minister Dr. Loch (Min. d. Finanzen):

Meine Damen und Herren! Nach Artikel 122 der Verfassung hat der Minister der Finanzen über die Einnahmen und Ausgaben des vorangegangenen Haushaltsjahres der Volkskammer zur Entlastung der Regierung Rechnung zu legen.

Die Haushaltsrechnung der Republik, der Länder und der Kreise für das Haushaltsjahr 1949, und zwar für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1949, liegt vor. Es ist meine Aufgabe, Rechnung zu legen über die Einnahmen und Ausgaben des Haushalts der damaligen zonalen Verwaltungen und späteren Ministerien der Republik. Die Regierungen der Länder, die Räte der Kreise und Gemeinden legen jeweils ihren Vertretungskörperschaften Rechnung. Diese Rechnungen sind von hier aus überprüft worden.

Der durch die Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission am 12. Mai 1949 festgestellte Haushaltsplan der zonalen Verwaltungen, Länder und Kreise schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 11 985,1 Millionen DM ab. Darin sind enthalten die zonalen Verwaltungen mit 8 177,9 Millionen DM und die Länder und Kreise mit 3 807,2 Millionen DM. Hinzu kommt der Ausgleich zwischen den Haushalten der Länder und der Zone, d. h. die Überweisungen der Länder aus den Steuern an die Zone, die bei der Zone in Einnahmen und bei den Ländern in Ausgaben eingesetzt sind, in Höhe von 3 520 Millionen DM.

Der Einnahmeplan wurde mit 11951,1 Millionen DM erfüllt. Er ist mit nur 34 Millionen DM hinter dem Plan zurückgeblieben.

Die Ausgaben wurden mit 11 633,9 Millionen DM erfüllt. Sie sind hinter dem Plan um 351,2 Millionen DM zurückgeblieben.

Ist-Einnahme und Ist-Ausgabe gegenübergestellt, ergeben einen auf das Jahr 1950 zu übertragenden Überschuß von 328,3 Millionen DM, wovon 199 Millionen DM auf den Haushalt der Republik übernommen wurden und der Rest auf die Haushalte der Länder und Kreise. Die Minderung der Ausgaben entfällt vorwiegend auf die Haushalte der Länder und findet ihre Begründung darin, daß die Länder, Kreise und Gemeinden insgesamt ihr Einnahmesoll nicht erfüllt haben und daher ihre Ausgaben nicht in voller Höhe leisten konnten.

Insgesamt ist aber — wie schon gesagt — der Haushalt erfüllt worden, und zwar durch eine Übererfüllung des Einnahmeplans der damaligen zonalen Verwaltung.

Da die Regierungen der Länder und die Räte der Stadt- und Landkreise ihren Vertretungskörperschaften selbst Rechnung legen, soll hier nur auf den Haushalt der damaligen zonalen Verwaltungen und späteren Ministerien der Republik eingegangen werden.

Dieser Haushaltsplan schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 8 177,9 Millionen DM. Das Ausgabesoll beinhaltet einen Überschuß von 1051,4 Millionen DM. Dieser Überschuß sollte Verwendung finden zur Abdeckung der sich aus der Währungsreform ergebenden Umwertungsverluste bei der Deutschen Notenbank, für die die Republik einzustehen hat.

Dem Haushaltseinnahmesoll von 8 177,9 Millionen DM steht eine Ist-Einnahme von 8 186,1 Millionen DM gegenüber. Das Einnahmesoll wurde also mit 8,2 Millionen DM übererfüllt.

Einem Ausgabesoll von 8 977,9 Millionen DM steht eine Ist-Ausgabe von 7 987,1 Millionen DM gegenüber. Darin sind allerdings schon die Überweisungen an die Deutsche Notenbank zur Abdeckung der Umwertungsverluste in Höhe von 677,5 Millionen DM enthalten. Der tatsächliche Überschuß beträgt 876,5 Millionen DM. Der erreichte Überschuß ist also um 174,9 Millionen DM hinter dem Plan zurückgeblieben. Von dem Überschuß von 876,5 Millionen DM sind — wie bereits erwähnt — 677,5 Millionen DM an die Deutsche Notenbank überwiesen worden. Der Rest in Höhe von 199 Millionen DM wurde als Ist-Uerschuß in den Haushalt des neuen Jahres übertragen.

Die Haushaltskontrolle hat die Übereinstimmung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung 1949 mit dem Buchabschluß bestätigt. Die dem Abschluß zugrunde liegenden Belege sind stichprobenweise geprüft worden. Die Übereinstimmung der Angaben der Rechnung mit den Abschlußergebnissen der Ministerien sowie die Übereinstimmung mit dem Abschluß der Zentralfinanzkasse ist ebenfalls festgestellt und bescheinigt worden.

Zu der Erfüllung des Einnahmeplans ist folgendes zu sagen:

Die volkseigenen Betriebe haben die Gewinne mit rund 50 Millionen DM übererfüllt. Entsprechend ist auch ihr Plan an Körperschaftsteuer übererfüllt worden, und zwar mit rund 90 Millionen DM. Die Übererfüllung des Einnahmeplans der volkseigenen Wirtschaft bei den Gewinnen und der Körperschaftsteuer hat es ermöglicht, die im Laufe des Jahres 1949 herangetragenen Mehrausgaben insbesondere zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaft zu finanzieren.

Mehr und mehr werden die Gewinne der volkseigenen Wirtschaft Deckungsmittel des Haushalts der Republik. Die in der volkseigenen Wirtschaft erzielten Gewinne fließen nicht wie früher einer Gruppe von Konzernherren oder Bankiers zu, sondern erfahren heute schon durch den Haushalt eine Neuverteilung im Interesse der schaffenden Menschen, die durch ihre Arbeit diese Gewinne erst ermöglicht haben.

Beim Verkehr sind die Einnahmen mit rund 245 Millionen DM hinter dem Soll zurückgeblieben. Diese Nichterfüllung des Einnahmesolls ist eingetreten durch die Nichterfüllung der Einnahmen der Reichsbahn. Die Schifffahrt hat 3 Millionen DM Mehreinnahmen gebracht. Das ungünstige Ergebnis der Reichsbahn ist schon mehrfach Gegenstand der Kritik gewesen; ich will mich heute nicht noch einmal eingehend mit dieser Frage auseinandersetzen. Dennoch muß immer wieder die Bitte ausgesprochen werden, daß die Reichsbahn durch Verbesserung ihrer Arbeitsmethoden zu einem besseren wirtschaftlichen Ergebnis kommt. Die Mindereinnahme ist insbesondere beim Personenverkehr eingetreten, während beim Gütertransport eine Mehreinnahme zu verzeichnen ist. Die Mindereinnahme im Personenverkehr ist zum Teil auf den S-Bahn-Streik in Westberlin zurückzuführen. Durch betriebsorganisatorische Maßnahmen im laufenden Jahr und die Einführung der Finanzplanung der volkseigenen Wirtschaft ab 1951 soll die Analyse der Verkehrsverhältnisse erleichtert und die Möglichkeit zu besseren Verkehrsleistungen geschaffen werden.

Im Gegensatz zum Verkehr hat die Post die Einnahmeseite ziemlich erfüllt, sie ist lediglich um 9 Millionen hinter dem Soll zurückgeblieben. Während die Mindereinnahmen des Postministeriums 17 Millionen betragen, sind Mehreinnahmen des Pressevertrags zu verzeichnen. Die Mindereinnahmen setzen sich vorwiegend aus Post- und Telegraphengebühren zusammen. Die Postgebühren zeigen steigende Tendenz nach Aufhebung der Postverkehrsbeschränkungen.